

Bart Tromp

Zur Lage der politischen Landschaft der Niederlande*

Die Struktur der politischen Landschaft der Niederlande erhielt bei der Einführung des Verhältniswahlrechts im Jahr 1917 ihre heutige Form. Dieses System passte viel besser als das bis dahin bestehende zu den politisch-gesellschaftlichen Trennlinien, die in den vorhergehenden fünfzig Jahren dominant geworden waren. Ein System der relativen Mehrheitswahl tendiert nun einmal zu einer politischen Zweiteilung, während sich die Trennungslinien in den Niederlanden immer stärker zwischen einer protestantischen, einer katholischen, einer sozialdemokratischen und einer liberalen Gruppierung oder ‚Säule‘, wie sie später genannt werden sollte, abzeichneten. Zwar führte das System des absoluten Mehrheitswahlrechts, das 1848 eingeführt worden war, weder zu einer wirklichen parteipolitischen Zweiteilung, noch gewährleistete es die Dominanz der Liberalen mit Blick auf die konfessionellen und sozialistischen Emanzipationsbewegungen, aber es behinderte doch eine getreue Wiedergabe der bestehenden politischen Unterschiede.¹

Die Kombination aus Verhältniswahlrecht und Versäulung in weltanschauliche Gruppierungen verlieh der politischen Landschaft der Niederlande für einen großen Teil des 20. Jahrhunderts ihr charakteristisches Gesicht – Arend Lijphart bietet hierzu in seiner bekannten Untersuchung eine elegante und maßgebliche Übersicht.² Bei der Regierungsbildung kam es stets zur Schaffung von Koalitionskabinetten, die durch die konfessionellen Parteien dominiert wurden, welche in der Wählerschaft bis in die sechziger Jahre über eine absolute Mehrheit verfügten.³ Der Niedergang der Versäulung in den sechziger Jahren veränderte das Muster der niederländischen Politik nicht wesentlich. Zwar verloren die Konfessionellen ihre Mehrheit, da aber die liberale Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) und die sozialdemokratische Partij van de Arbeid (PvdA) sich ab 1959 gegenseitig als Regie-

* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

¹ J. LOOTS, *Voor het volk, van het volk. Van districtenstelsel naar evenredige vertegenwoordiging*, Amsterdam 2004, S. 208.

² A. LIJPHART, *The Politics of Accomodation: Pluralism and Democracy in the Netherlands*, Berkeley 1968; DERS., *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, Amsterdam 1986.

³ Dennoch bildeten die Konfessionellen keine selbstverständliche Einheit – die drei konfessionellen Parteien gehörten nicht immer gemeinsam einer Regierung an.

rungspartner ausschlossen, konnten die Konfessionellen ihre zentrale und dominante Rolle aufrecht erhalten. Den Schwund an Wählerstimmen versuchten sie aufzuhalten, indem sie zum Christen-Democratisch Appel (CDA) fusionierten. Ab 1918 haben der Regierung immer konfessionelle Parteien angehört, so dass zu Beginn der achtziger Jahre der Ausspruch stimmte, dass in den Niederlanden die Konfessionellen ebenso lange an der Macht seien, wie die Bolschewiken in Russland – nach 1991 hatten sie diese sogar überflügelt.

Das änderte sich im Jahr 1994, als das damalige CDA-PvdA-Kabinett die Parlamentswahlen mit einem nie gekannt hohen Stimmenverlust verlor. Der CDA büßte 20 seiner 54 Sitze in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments ein, die PvdA 12 von 49. Der große Gewinner war die linksliberale Partei D66, die bei der Kabinettsbildung des Jahres 1989 nicht an der Regierung beteiligt wurde, obwohl dies gemäß der *minimal connected winning coalition-Theorie* vernünftig gewesen wäre, denn die D66 lag ideologisch zwischen PvdA und CDA und hätte daher unzufriedene Wähler beider Parteien mobilisieren können.⁴ Dies geschah tatsächlich: die D66 konnte bei der Wahl im Jahr 1994 die Zahl ihrer Sitze von 12 auf 24 erhöhen. Noch wichtiger war, dass nach den Wahlen keine Mehrheitsregierung ohne ihre Beteiligung möglich war.⁵ Die D66 benutzte diese Machtposition, um die unwilligen Parteien PvdA und VVD zur Beteiligung an einer Koalitionsregierung zu bewegen – mit der D66 als Dritten im Bunde. Die neue Regierung wurde als ‚violett‘ bezeichnet – die Mischfarbe, von der man annahm, sie ergebe sich aus dem sozialdemokratischen Rot und dem liberalen Blau.

Die Bildung des ersten violetten Kabinetts war unter anderem einer Entwicklung zu verdanken, die bereits in den achtziger Jahren begonnen hatte: der Abschwächung ideologischer Gegensätze zwischen den großen politischen Parteien und ihrer Orientierung auf die politische Mitte. Ein sichtbares Symptom hierfür war das Aufkommen und Wachsen von Parteien links von der PvdA. Groenlinks (GL), 1983 aus einer Fusion mehrerer kleiner Parteien entstanden, erreichte 1994 sechs Sitze. Die Socialistische Partij (SP) gelangte ebenfalls bei den Wahlen des Jahres 1994 mit zwei Sitzen zum ersten Mal in die Zweite Kammer.

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums vollzog sich keine gleichartige Entwicklung. Der Grund hierfür liegt wahrscheinlich darin, dass die ideologische Unbestimmtheit in der politischen Mitte größtenteils auf ein allgemeines Akzeptieren einer neoliberalen Tagesordnung hinauslief. Die Bildung des ersten violetten Kabinetts war der wirkliche Wendepunkt in der niederländischen Politik, nicht die so genannte ‚Fortuyn-Revolution‘ des Jahres 2002, die eine zum größten Teil unvermeidliche Folge dieser Wende gewesen ist. Zum ersten Mal seit dem außerparlamentarischen Cort van der Linden-Kabinett (1913–1918) landeten die Konfessionellen, nun in Form des

⁴ A. LIJPHART, *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*, New Haven/London 1984, S. 50–52.

⁵ Die Möglichkeit eines Kabinetts aus PvdA, CDA und VVD war rein theoretisch, da sich die erst- und die letztgenannte Partei als Koalitionspartner noch immer gegenseitig ausschlossen.

CDA, in der Opposition, und erstmals in der niederländischen Geschichte kam ein aus Sozialdemokraten und Liberalen bestehendes Kabinett zustande.

Lange vor der Entstehung dieses Kabinetts gab es bereits die nach dem Beratungsort, dem Hotel *Des Indes* in Den Haag, benannten ‚*Des-Indes-Gespräche*‘, in denen sich Politiker der PvdA und der VVD über die Möglichkeit einer Regierungskooperation berieten. Dabei standen zwei Motive im Mittelpunkt. Das erste betraf die so genannten ‚ethischen Fragen‘, wie Euthanasie und Abtreibung. Auf diesem Gebiet unterschieden sich PvdA und VVD mehr vom CDA als voneinander. Ohne den CDA in der Regierung musste es möglich sein, diese Fragen befriedigender als bisher zu regeln. Hier knüpfte das zweite Motiv an: dass es nämlich für eine Demokratie ungesund sei, wenn eine Partei immer an der Regierung beteiligt ist. Von einer Regierungskooperation zwischen PvdA und VVD – mit dem CDA in der Opposition – wurde daher erwartet, dass diese zu neuen politischen Umgangsformen zwischen Regierung und Parlament führen werde, in denen es keinen Platz mehr für ‚Hinterzimmerpolitik‘ oder Ähnliches geben sollte.

Mit der Bildung des ersten Kok-Kabinetts – bestehend aus PvdA, VVD und D66 – wurden diese Erwartungen zum Allgemeingut. Sie stellten die inoffizielle Legitimation für diese ungewöhnliche Regierungskombination dar. In beiden Fällen sollten die Befürworter des violetten Kabinetts enttäuscht werden. Es kamen in den Bereichen Euthanasie und Abtreibung keine grundsätzlich anderen Regelungen zustande. Die Homo-Ehe wurde eingeführt und das Bordellverbot wurde abgeschafft, diesen Neuerungen lagen jedoch keine heftigen Auseinandersetzungen zwischen den violetten Parteien und dem CDA zugrunde. Es handelte sich hier also um keine wirkliche Kursänderung. In der Rückschau betrachtet, lässt sich dies größtenteils aus der Tatsache erklären, dass in Regierungen, an denen der CDA beteiligt war, dieser zwar Euthanasie und Abtreibung in abstracto ablehnte, in der Praxis jedoch zu Kompromissen bereit war, die von den anderen großen Parteien akzeptiert werden konnten. Dies zeigt, dass der CDA zugunsten seiner Machtstellung im Zentrum immer einen Preis bezahlte, indem er seine eigenen Standpunkte verwässerte.⁶ Die wichtigste gesetzgeberische Leistung, auf die sich die violette Koalition schließlich in dem Sinne, dass diese mit dem CDA in der Regierung nicht zustande gekommen wäre, berufen konnte, war die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

Auch die zweite Erwartung an das violette Kabinett erfüllte sich nicht. Die politischen Umgangsformen, die von den Befürwortern der violetten Lösung immer als ein Ausdruck der Machtstellung der Konfessionellen betrachtet worden waren, machten nicht dem Platz, was zu Beginn der violetten Koalition als ‚neue Politik‘ bezeichnet worden war. Es zeigte sich im Gegenteil, dass diese Umgangsformen offensichtlich schon bald der gesamten Koalitionspolitik inhärent waren, die ja die Anforderung erfüllen musste, sowohl

⁶ Eine Übersicht zum Thema bietet M. TRAPPENBURG, *Paarse ethiek*, in: F. BECKER/W. VAN HENNEKELER/M. SIE DHIAN HO/B. TROMP (Hrsg.), *Zeven jaar paars. Het tweëntwintigste jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 2001, S. 53–79.

die Einheit der Koalition zu sichern als auch die Regierung parlamentarisch zu unterstützen.⁷

Zu den zentralen Themen auf der politischen Tagesordnung der violetten Kabinette gehörten die Reform des Sozialstaates und die Liberalisierung des öffentlichen Sektors. Hier verfolgte die violette Koalition einen Kurs, der schon viel früher, nämlich ab 1982, von den CDA-dominierten Kabinetten unter der Führung von Ruud Lubbers eingeschlagen worden war.⁸ Als die Erfolge des niederländischen ‚Poldermodells‘ in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre international ausführlich erörtert wurden – Bill Clinton sagte beispielsweise zu Wim Kok: „Wim, you led the way“ –, wies der ehemalige Ministerpräsident Lubbers in einem nichtredaktionellen Meinungsartikel in der *International Herald Tribune* darauf hin, dass er die Grundlagen für diese Erfolge geschaffen, und dass die violette Koalition faktisch seine Politik fortgesetzt habe. Der unvermeidbaren Konsequenz dieses Vorganges schenkte er verständlicherweise keine Aufmerksamkeit: Dass nämlich der CDA nicht in der Lage war, dem violetten Kabinett eine glaubwürdige Oppositionspolitik entgegenzusetzen – einmal ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Partei große Schwierigkeiten im Umgang mit der ungewohnten Oppositionsrolle hatte. Dies bedeutete, dass zwischen den großen Parteien in Regierung und Opposition keine klaren und politisch erkennbaren Gegensätze auftraten.

Daneben führte die Regierungszusammenarbeit von PvdA und VVD notwendigerweise zur Überlagerung programmatischer und ideologischer Differenzen. Dies manifestierte sich in Depolitisierung und einem technokratischen Stil der Politikausübung, das heißt politische Probleme wurden in technische übertragen, auch wenn der allgemeine Tenor der Kabinettpolitik stark neoliberal gefärbt war.⁹ In seiner den Uyl-Rede erklärte PvdA-Chef Wim Kok 1995, dass sich die Partei ihrer ideologischen Federn entledigen müsse und „verabschiedete sich definitiv von der sozialistischen Ideologie.“¹⁰ In den Meinungsumfragen schnitt er als Ministerpräsident bei Unternehmern besser als bei PvdA-Wählern ab. Kurz gesagt: Infolge des Antretens der violetten Koalition verlor die politische Landschaft viel von ihren Erkennungsmerkmalen und wurde zu einem großen Teil egalisiert.

Die Einwanderungsproblematik

Ein Thema war bereits schon lange vor der violetten Koalition depolitisiert worden: die Einwanderungsproblematik und somit das Hereinströmen von Hunderttausenden von schlecht ausgebildeten ‚Gastarbeitern‘ – wie sie ur-

7 Vgl. B. TROMP, *Paars: een onzinnig politiek begrip*, in: DERS., *Tegen het vergeten. Degenstoten en sabelhouwen*, Nieuwegein 1997, S. 198–205.

8 Die ersten beiden Lubbers-Kabinette bestanden aus dem CDA und der VVD, das dritte aus dem CDA und der PvdA.

9 Vgl. TROMP (wie Anm. 7).

10 Hierzu ausführlicher: B. TROMP, *Het sociaal-democratisch programma. De beginselprogramma's van SDB, SDAP en PvdA 1878-1977*, Amsterdam 2002, S. 472 ff.

sprünglich genannt wurden – vornehmlich aus den am wenigsten entwickelten Gebieten Marokkos und der Türkei. Bereits gegen Ende der siebziger Jahre war deutlich geworden, dass die meisten dieser ‚Gastarbeiter‘ im Gegensatz zu ihren spanischen und italienischen Vorgängern aus den sechziger Jahren nicht mehr in ihr Geburtsland zurückkehren würden. Familienzusammenführung, das Importieren von Ehepartnern aus den ursprünglichen Herkunftsländern und hohe Geburtenraten führten zu der Frage, wie diese neuen Niederländer in die niederländische Gesellschaft integriert werden können.

Diese Problematik muss allerdings in einem breiteren Kontext gesehen werden, nämlich dem der Europäisierung und der Globalisierung. Ein wesentlicher Effekt dieser Prozesse ist, dass sie die relativen Sicherheiten und Lebenschancen, wie sie durch die Arrangements des Nationalstaats garantiert werden, unterminieren. Diese Prozesse haben jedoch einen im Allgemeinen abstrakten Charakter, auch in dem Sinne, dass sie sich nicht für eine Meinungsbildung und Beschlussfassung auf der Ebene des Nationalstaats eignen. Manchen versprechen sie Chancen, aber für viele suggerieren sie eine vage Bedrohung. Sie rufen eine stille Unruhe und Unzufriedenheit hervor – selbstverständlich vor allem bei denjenigen, die ihr Opfer zu werden drohen oder dies zumindest glauben, die ‚Modernisierungsverlierer‘, wie sie in Deutschland genannt werden.

Diese abstrakten Prozesse werden am deutlichsten in den Immigrant- und Flüchtlingsströmen sichtbar und greifbar, die in die ökonomisch entwickelten Länder fließen. Es ist daher kein Wunder, dass die Unzufriedenheit über die gegenwärtige Globalisierung sich gerade auf dieses Feld richtet, wobei ‚Globalisierung‘ in diesem Kontext im Wesentlichen auf die gesellschaftlichen Folgen des Neoliberalismus hinausläuft.¹¹ In den achtziger und neunziger Jahren bildete diese Unzufriedenheit die zentrale Ursache für den Aufstieg der neuen rechten, neopopulistischen Bewegungen und Parteien, die von der ‚Gegenbewegung‘ des Ross Perot in den Vereinigten Staaten über Pauline Hansons One Nation-Partei in Australien bis zu den Republikanern in Deutschland, der Front National von Le Pen in Frankreich und der eine zeitlang am meisten ins Auge fallenden Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider reichen.¹² Der relative Erfolg solcher Parteien bei der Wählerschaft hing größtenteils vom Wahlsystem des betreffenden Landes ab. Dies erklärt beispielsweise die Tatsache, dass eine solche Bewegung – die National Front – in Großbritannien keine politischen Erfolge verbucht. Das niederländische Verhältniswahlrecht mit seiner faktischen Sperrklausel von einem Sitz (0,67 Prozent der Stimmen) ist wahrscheinlich für neue Parteien das am ehesten zugängliche. Dennoch konnte lange Zeit keine neue rechte Partei in den Niederlanden Boden gewinnen. Parteien, die versuchten, das Thema Zuwanderung auszunutzen, die Centrum Demokraten und später die Centrum Partij, verfügten über keine kompetenten Führer und wurden zu

¹¹ Vgl. M.B. STEGER, *Globalism. The New Market Ideology*, Lanham 2002.

¹² Für eine Übersicht siehe H.-G. BETZ/S. IMMERFALL (Hrsg.), *The New Politics of the Right. Neopopulist Parties and Movements in Established Democracies*, Houndmills/Basingstoke 1998.

sehr mit der alten Rechten, also mit Nationalsozialismus und Faschismus assoziiert.

Eine zweite – die erste nicht ausschließende – Erklärung für das Nichtvorhandensein einer solchen Bewegung in den Niederlanden ist der Erfolg der Sozialistischen Partei. Aus ihren Anfängen als maoistische Splitterpartei entwickelte sie sich im Laufe der achtziger und neunziger Jahre zu einer klassischen sozialdemokratischen Partei, die ihre Anhänger vor allem unter den noch verbliebenen Resten des traditionellen Proletariats hatte, wo die Mehrzahl der ‚Modernisierungsverlierer‘ zu finden ist. Charakteristisch ist, dass die Socialistische Partij bereits in den achtziger Jahren die Probleme von Immigration und Integration, die diese Gruppe am schwersten belasteten, thematisierte. Die Öffentlichkeit reagierte jedoch damals in einer Weise, dass die Partei erschrocken zu diesem Punkt verstummte, um nicht als Fremdenhaser und Faschisten beschimpft zu werden. Dennoch erscheint es wahrscheinlich, dass die Unzufriedenheit, die in anderen Ländern von der neuen Rechten mobilisiert wurde, in den Niederlanden lange Zeit in diese linke Richtung abgelenkt wurde.

Es war in den achtziger und frühen neunziger Jahren politischer Konsens, dass das Thema Immigration und Integration nicht politisiert werden durfte. Fast alle Parteien akzeptierten eine Ideologie des Multikulturalismus, wobei jedoch viele der dringenden Folgeprobleme der Immigration, die sich vor allem in den Großstädten zeigten, größtenteils ignoriert wurden. Seit 1994 zeichnete sich schließlich auf diesem Gebiet in Wähleruntersuchungen ein großer und deutlicher Unterschied zwischen den Standpunkten der Politiker und denen der Wähler ab. Die meisten Wähler lehnten den Multikulturalismus ab. Dieser Sachverhalt erstreckte sich über das gesamte politische Spektrum. Dabei gab es für links ausgerichtete Wähler, die den Multikulturalismus ablehnten, keine Partei, die ihrer Einstellung entsprach. Darüber hinaus war für einen erheblichen Teil der Wählerschaft dieses Thema von zentraler Bedeutung.¹³ Auch andere Wahlforschungsergebnisse lassen darauf schließen, dass sich in den neunziger Jahren eine potentielle Öffentlichkeit für eine Bewegung entwickelte, die sich diesem Thema widmen würde.

Umbrüche und Entwicklungen vor den Wahlen des Jahres 2002

Als das zweite violette Kabinett in das letzte Jahr seiner regulären Legislaturperiode ging – die Wahlen sollten im Mai 2002 stattfinden –, definierten zwei deutliche Merkmale die politische Landschaft. Das erste war das faktische Verschwinden des Gegensatzes zwischen links und rechts in der Gesamtheit der großen Parteien. Damit verlor auch der Rahmen, in dem sich Bürger für ihr Wahlverhalten zu orientieren pflegen, seine zentrale Bedeutung. Das zweite war die latente Unzufriedenheit über Immigration und Integration, die sich in den letzten Jahren noch durch das schnelle Wachstum der Zahl der

¹³ M. ADRIAANSEN/W. VAN DER BRUG/J. VAN SPANJE, *De kiezers op drift*, in: K. BRANTS/P. VAN PRAAG (Hrsg.), *Politiek en media in veruarring. De verkiezingscampagnes in het lange jaar 2002*, Amsterdam 2005, S. 234–235.

Flüchtlinge, die in die Niederlande gelangten, verstärkt hatte. Daneben gab es das – teilweise mit der genannten Unzufriedenheit verwandte – Aufkommen der ‚leefbaarheids-Parteien‘, die bei Kommunalwahlen große Erfolge erzielten. Diese hatten ein typisch populistisch-programmatisches Profil, das sich gegen die ‚etablierten Parteien‘ richtete. Schon Anfang 2001 stand zur Debatte, ob auf dieser Basis auch auf Landesebene eine ‚Lebensqualitäts-Partei‘ gegründet werden sollte.

Auch wenn diese strukturellen Hintergründe eine notwendige Bedingung für die Erklärung der ‚Fortuyn-Revolution‘ in der ersten Hälfte des Jahres 2002 darstellen, reichen diese dennoch bei weitem nicht aus. Erst die Kombination mit einer Häufung spezifischer und mehr oder weniger zufälliger Faktoren macht diese verständlich.

Der erste in diesem Zusammenhang relevante Punkt war der allmähliche Niedergang der violetten Koalition. Das zweite Kok-Kabinettt hatte in viel geringerem Umfang als das erste Erwartungen geweckt oder ein klares Programm präsentiert. Die D66 hatte bei den Wahlen des Jahres 1998 10 ihrer 24 Sitze verloren und war für die Bildung oder Aufrechterhaltung eines violetten Kabinetts nicht mehr notwendig. Im Jahr 2001 machten sowohl die PvdA als auch die VVD deutlich, dass sie keine dritte violette Koalition anstreben würden. Aber keine von beiden Parteien bezog schon Stellung hinsichtlich der Koalition, die sie nach den Wahlen eingehen wollte. Das Wissen, dass die Tage des violetten Kabinetts gezählt waren, konnte die Position der beteiligten Parteien gewiss nicht stärken.

Darüber hinaus fand in dieser Zeit in beiden Parteien ein Führungswechsel statt, der jedoch keine Änderung des politischen Kurses mit sich brachte. In der VVD machte Frits Bolkestein, unter dessen Leitung die Partei kurz zuvor ihre höchste Zahl an Wählerstimmen erlangt hatte (38 Sitze), im Juli Platz für den zweiten Mann in der Fraktion, Hans Dijkstal, der im ersten violetten Kabinettt Vize-Premierminister und Innenminister gewesen war. Dieser Wechsel wurde damals als vorbildhaft betrachtet, denn er verlief ohne jegliche politische Aufregung. Bei der PvdA trat im Dezember 2001 Fraktionsführer Ad Melkert die Nachfolge von Ministerpräsident Wim Kok als zukünftiger Spitzenkandidat an – auch hier, ohne dass sich ein Konkurrent um den Führungsposten beworben hätte. Einige Monate zuvor, im August, hatte Kok bekannt gegeben, dass er nicht ein drittes Mal für das Amt des Ministerpräsidenten zur Verfügung stehe und nach Ablauf seiner Amtszeit die Politik verlassen werde.

Tatsächlich befanden sich beide Nachfolger in einer außergewöhnlich schwierigen Position. Sie hatten die Politik der violetten Kabinette vollständig mitgetragen, aber jetzt, wo es keine Perspektive für eine Fortsetzung dieser Politik gab, standen sie vor zwei widersprüchlichen Aufgaben. Auf der einen Seite mussten sie an der Bedeutsamkeit und am Erfolg der violetten Koalition festhalten. Auf der anderen Seite mussten sie mit der violetten Politik brechen und einen anderen Kurs einschlagen, ohne jedoch die violette Politik zu verleugnen. In der Rückschau sind die Niederlagen, die die PvdA und die VVD im Jahr 2002 erlitten haben, generell, aber doch sehr vereinfachend, vor allem Melkert und Dijkstal zugeschrieben worden, die nach diesem Wahlausgang dann auch abtraten. Es ist aber schwierig festzustellen, welcher andere

Spitzenkandidat auf welche Weise die Zwickmühle, in die sich die beiden Parteien manövriert hatten, hätte überwinden können. Im Jahr vor den Wahlen glaubten die Wahlstrategen beider Parteien – und nicht nur sie –, dass dieses Dilemma nicht existiere und dass man mit dem Einsatz in die Wahlen gehe, welcher der beiden Spitzenkandidaten nach den Wahlen an der Spitze der größten Partei stehen und damit höchstwahrscheinlich der neue Ministerpräsident sein werde.

Der nächste ‚zufällige‘ Faktor war der ‚Selbstmord‘, denn so kann man es wohl nennen, des zweiten Kok-Kabinetts. Am 10. April 2002, einen Monat vor den Wahlen, erschien nach sieben Jahren der lange erwartete Bericht des Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie (NIOD) über die Vorgänge, die im Juli 1995 zum Fall der vom Sicherheitsrat zur ‚safe area‘ erklärten bosnischen Enklave Srebrenica geführt hatten. Die dort stationierten niederländischen UN-Truppen hatten diesen Vorgang nicht verhindern können. In einem nie zuvor in der parlamentarischen Geschichte der Niederlande da gewesenen Akt bot das gesamte Kabinett auf der Grundlage dieses Berichts eine Woche später seinen Rücktritt an. Der Bericht enthielt jedoch keine Gründe, die der damaligen niederländische Regierung oder einzelnen ihrer Minister Versäumnisse zur Last legten. Unter Berücksichtigung der hinsichtlich der ministeriellen Verantwortlichkeit herrschenden Regeln wäre es noch verständlich gewesen, wenn der Verteidigungsminister seinen Rücktritt angeboten hätte, da die ernsthafte Kritik des Berichts an die Adresse der damaligen Führung des Heeres gerichtet war – auch wenn der Minister zu jener Zeit noch nicht in dieser Funktion tätig gewesen war und der Regierung 1995 nicht angehört hatte. Dass ein komplettes Kabinett aufgrund eines nicht näher umschriebenen und sieben Jahre zurückliegenden Versagens einer völlig anderen Regierung zurücktrat, wurde von Staatsrechtlern und Politikwissenschaftlern als sonderbarer Schritt betrachtet. Für die Wähler hätte das Ende der violetten Koalition nicht desolater sein können, und dieses Ende wurde – was nicht ganz unverständlich ist – rückwirkend auf das gesamte violette Projekt projiziert.

Inzwischen war tatsächlich eine Partei Leefbaar Nederland (LN) gegründet worden, die im Oktober 2001 Pim Fortuyn als ihren Spitzenmann rekrutierte. Fortuyn erwies sich als politischer Unternehmer, der bereit und in der Lage war, die Chancen, die diese Konstellation struktureller und zufälliger Faktoren bot, für eine neue, populistische Partei zu nutzen, die das Thema Immigration und Integration politisieren wollte.¹⁴

Zum Wandel des politischen Spektrums und zum Aufstieg Pim Fortuyns

Es ist in den Niederlanden viel über die Kampagne für die Parlamentswahlen des Jahres 2002 geschrieben worden, die mit dem Mord an Fortuyn – eine

¹⁴ Die beste journalistische Untersuchung über den Aufstieg Fortuyns und seine Kampagne bieten J. CHORUS/M.E. GALAN, *In de ban van Fortuyn. Reconstructie van een politieke aardschok*, Amsterdam 2002. Siehe auch H. WANSINK, *De erfenis van Fortuyn. De Nederlandse democratie na de opstand van de kiezers*, Amsterdam 2005.

Woche vor dem Wahltag – ein dramatisches Ende erhielt. Die Aufmerksamkeit richtet sich in diesem Zusammenhang nahezu ausschließlich auf die Person und das Auftreten Fortuyns.¹⁵ Dabei wird jedoch der politische Kontext, in dem er seine Chancen bekam, zum größten Teil vernachlässigt. Für die Charakterisierung dieses Kontexts wird an dieser Stelle von der Theorie des amerikanischen Politikwissenschaftlers Elmer Eric Schattschneider Gebrauch gemacht. Dieser legte dar, es sei die Bedingung demokratischer Politik, dass es einen alle anderen überragenden politischen Unterschied geben müsse, auf den sich die Präferenz der Wähler ausrichte.¹⁶ Politik sei nur auf der Basis eines konstitutiven Gegensatzes möglich, der als Ordnungs- und Auswahlprinzip diene. Auf eben dieser Grundlage habe der Gegensatz zwischen links und rechts in der Französischen Revolution Gestalt angenommen. Wer diesen Gegensatz wegwische, schaffe jedoch ungewollt Raum für ein alternatives Ordnungsprinzip, einen anderen fundamentalen politischen Gegensatz – eine Möglichkeit, die die Ideologen der violetten Politik nie berücksichtigen wollten (oder konnten).¹⁷ Die PvdA hatte in den violetten Koalitionen ihre sozialdemokratische Identität verloren und war nach rechts gerückt. Die so genannte Entideologisierung – das „Abschütteln der ideologischen Federn“ – bedeutete einerseits eine Technokratisierung der Politik und lief andererseits auf die Übernahme der neoliberalen Tagesordnung hinaus. Unter dem Gesichtspunkt der Koalition konnte die VVD diesbezüglich keine Triumphgefühle entwickeln.

Das Wahlergebnis vom Mai 2002 bewies, dass durch die violette Koalition der Gegensatz zwischen links und rechts seine konstituierende Bedeutung für die politische Orientierung größtenteils verloren hatte. Die violetten Parteien büßten Stimmen ein, die LPF zog mit 26 Sitzen in die Zweite Kammer ein und der CDA konsolidierte sich im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen. Die violette Politik stand jedoch nicht isoliert da. Sie war in einen größeren Zusammenhang eingebunden, in dem es hieß, die Zeit der ‚großen Geschichten‘, der großen Ideologien, liege nun endgültig hinter uns. Das, was an politischen Fragen noch übrig geblieben sei, befindet sich nach dieser Auffassung „beyond left and right“¹⁸; der Gegensatz zwischen links und rechts habe seine Bedeutung verloren und sei nicht mehr relevant; die Politik selbst sei eigentlich im Verschwinden begriffen, da der Markt sich selbst reguliere und – wie Saint Simon vor nahezu zweihundert Jahren prophezeite – das Regieren von Menschen im Begriff sei, dem Verwalten von Dingen zu weichen. Ein Terminus wie ‚Niederlande GmbH‘, der unter der violetten Koalition Gemeingut wurde, fasste diese Entideologisierung perfekt zusammen: Das politische System wird als Unternehmen aufgefasst – und dann noch

¹⁵ Beispielsweise D. PELS, *De geest van Pim. Het gedachtegoed van een politieke dandy*, Amsterdam 2003.

¹⁶ Diese Darstellung basiert auf E.E. SCHATTSCHNEIDER, *The Semisovereign People. A Realist's View of Democracy in America*, Fort Worth o. J. (ursprüngl. 1960).

¹⁷ In den Niederlanden war das beispielsweise vor 1917 lange Zeit die ‚Antithese‘, der Gegensatz zwischen konfessionellen und weltlichen Parteien.

¹⁸ A. GIDDENS, *Beyond Left and Right. The Future of Radical Politics*, London 1994.

nicht einmal als eine Aktiengesellschaft, sondern als Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Dieser Abbau des Gegensatzes von links und rechts eröffnete jedoch logischerweise die Möglichkeit für eine andere dominante politische Trennlinie.

Dies alles wurde noch durch die Tatsache verstärkt, dass die PvdA und die VVD – ebenso wie die niederländischen UN-Truppen in Srebrenica – nicht über eine ‚exit-Strategie‘ verfügten. Wenn man die violette Koalition nicht fortsetzte, hätte dies zu einem Wiederaufleben der Gegensätze zwischen links und rechts führen können. Während sich aber schon im Jahr vor den Wahlen manifestierte, dass die beiden großen Koalitionsparteien keine Lust auf ein drittes violettes Kabinett verspürten, schufen PvdA und VVD weder Klarheit über die Gründe, die eine Fortsetzung der Koalition in ihren Augen unmöglich machten, noch über eine mögliche politische Alternative. Damit minderten diese Parteien rückwirkend die Leistungen und Reputation der violetten Kabinette, obwohl diese Parteien in den Augen der Wähler gleichzeitig eng mit ihnen assoziiert wurden. Kurzum, die violetten Parteien waren nicht zu einer überzeugenden Argumentation in der Lage, warum man mit der violetten Politik brechen müsse, ohne diese zu verleugnen. Das gab Fortuyn seine Chance.

Verschlimmert wurde diese ziemlich aussichtslose Lage durch den Wechsel der Parteiführung und die Ankündigung Wim Koks, keine weitere Amtszeit als Ministerpräsident anzustreben. Dies betonte auf wiederum andere Weise den Abschied von der violetten Politik. Sein Nachfolger – wer immer es auch werden würde – befand sich dadurch in einer nahezu unmöglichen Position: Er musste die violette Politik aufkündigen, ohne Kok, ohne damit die PvdA, zu beschädigen. Gleiches galt in geringerem Ausmaß auch für den Wachwechsel bei der VVD.

Den Raum, den dies alles für eine neue fundamentale politische Trennlinie schuf, füllten in den Monaten vor der Wahl mit rasanter Geschwindigkeit Leefbaar Nederland und Pim Fortuyn und, nachdem es zwischen Partei und Spitzenkandidat zum Bruch gekommen war, Fortuyn als Führer seiner in aller Eile gegründeten Lijst Pim Fortuyn (LPF). Der Gegensatz zwischen links und rechts wurde nun durch den charakteristischen Gegensatz des Populismus verdrängt: politische Außenseiter gegen die etablierte Ordnung. Der Außenseiter ist der ‚Vorkämpfer des Volkes‘ und macht sich auf, in dessen Namen in den ‚Hinterzimmern‘ aufzuräumen, wo ‚die etablierten Parteien‘ die Angelegenheiten unter sich regeln und ihre Taschen füllen, anstatt dass ihre Abgeordneten in den Wohnvierteln, wo die Menschen leben, klingeln und nachhören, was die Bürger wirklich wollen.¹⁹

Wenn das Verblenden des Gegensatzes zwischen links und rechts die negative und notwendige Bedingung für das Aufkommen und die Verfestigung einer populistischen Politikdefinition ist, dann wurde dieser Prozess in den Niederlanden durch mindestens drei positive Faktoren begünstigt. Der erste

¹⁹ Diese Charakterisierung ist inspiriert durch P. WILES, *A syndrome, not a doctrine: some elementary theses on populism*, in: G. IONESCU/E. GELLNER (Hrsg.), *Populism. Its meanings and national characteristics*, London 1970, S. 166–180. Siehe auch M. CANOVAN, *Populism*, New York, S. 1081; P. TAGGART, *Populism*, Buckingham 2000.

war die enorme und im Allgemeinen wohlwollende Aufmerksamkeit, die Fortuyn bereits seit September 2001 in den Medien zuteil wurde.²⁰ Dies nicht so sehr aufgrund des Inhalts seiner politischen Botschaften, sondern durch seine überschwängliche und narzisstische Art aufzutreten. Fortuyn passte übrigens selbst wiederum in das Bild des Populismus: indem er in seinem Verhalten bewusst von den in der Politik üblichen Umgangsformen abwich, betonte er nicht nur seine Distanz zur ‚etablierten Politik‘, sondern er erweckte auch den Anschein von Authentizität, den Anschein eines Mannes, der sagt, was er (und das Volk) denkt. Der zweite Faktor war die Tatsache, dass die gemeinsame Aversion der anderen Parteien gegen Fortuyn einerseits keine Möglichkeit erhielt, sich mit politischem Inhalt zu füllen, und andererseits gerade das Bild vom Außenseiter, der es mit ‚dem Establishment‘ aufnahm, verstärkte. Der CDA hielt sich übrigens mit seiner Meinung hinsichtlich der LPF bedeckt, und es stellte sich später heraus, dass Fortuyn und der CDA-Spitzenkandidat Jan-Peter Balkenende vor dem Wahlkampf einen Nichtangriffspakt geschlossen hatten. Der dritte Faktor, der eine Rolle spielte, war das Fehlen eines Wahlkampfes mit politischem Inhalt. Eine inhaltlich-politische Debatte gab es nicht. Es blieb bei einigen Fernsehsendungen, in denen Politik von vorneherein zu einem Bestandteil der Unterhaltung reduziert war. Auch dies stärkte den Aufbau des Populismus zum vorherrschenden politischen Gegenpol. Als entscheidend galt allgemein die Fernsehdebatte nach den für die Parteien der violetten Koalition verheerend ausgegangenen Kommunalwahlen vom 6. März 2002, weil Melkert dort einem ihm ständig ins Wort fallenden Fortuyn mit deutlichem Widerwillen gratuliert und Dijkstal einen abwesenden Eindruck gemacht hatte. Bei alledem war das Immigrations- und Integrationsthema der latente Streitpunkt, obwohl Fortuyn explizit eine viel breiter angelegte Agenda politischer Argumente präsentierte. Als Parteiprogramm diente sein kurz zuvor erschienenes Buch über *Die Trümmerhaufen von acht Jahren violetter Koalition*. Diese Trümmerhaufen wurden auf dem Bucheinband benannt als „Die Wartelisten im Gesundheitswesen“, „Die Probleme in Bezug auf die Sicherheit“, „Die Unglaubwürdigkeit der Öffentlichen Verwaltung“ und „Der besorgniserregende Zustand des Bildungswesens“ – das Thema Immigration und Integration taucht nicht auf und wird unter dem Titel „Ausländerpolitik“ erst im vorletzten Kapitel behandelt.²¹ Die Wahlforschung zeigte aber, dass diese versteckte Botschaft sehr gut verstanden wurde.²²

²⁰ Vgl. J. KLEIJNNIJENHUIS u.a., *De puinhopen van het nieuws. De rol van de media bij de Tweede Kamerverkiezingen van 2002*, Alphen aan den Rijn 2003.

²¹ P. FORTUYN, *De puinhopen van acht jaar paars*, Rotterdam 2002.

²² J.J.M. VAN HOLSTEYN/G.A. IRWIN, *Never a Dull Moment: Pim Fortuyn and the Dutch Parliamentary Election of 2002*, in: *West European Politics*, 26 (2003), 2 (April), S. 41–66.

Charakteristika und Inhalte des neuen politischen Populismus

Die Stoßrichtung dieses Populismus ist im Wesentlichen antidemokratisch und antiparlamentarisch. Es geht darum, die repräsentative Demokratie durch eine plebiszitäre zu ersetzen, in der ‚das Volk‘ einen Kandidaten wählt, der es weniger repräsentiert als vielmehr verkörpert.²³ Dennoch äußerte Fortuyn auch hier nichts Neues, sondern popularisierte Vorschläge zu politischen ‚Erneuerungen‘, die bereits seit der Gründung der D66 in der niederländischen Politik vorgebracht worden waren.²⁴ Plebiszitäre Demokratie beinhaltet, dass der Wähler zwar entscheidet, wer gewählt wird, aber nichts über das Programm des Gewählten zu sagen hat. Fortuyn sah seine Rolle im Falle seiner Wahl als die des ‚guten Hirten‘ – wobei er implizit ‚das Volk‘ zu einer Herde von Schafen reduzierte, die von ihm geführt werden musste. Sein Angriff auf das ‚geschlossene‘ politische System hatte jedoch etwas Paradoxes. Wären seine Vorstellungen über ein System der relativen Mehrheitswahl Wirklichkeit geworden, hätte der CDA nach den Wahlen des Jahres 2002 mehr als hundert Sitze in der Zweiten Kammer gehabt, und die anderen Sitze wären zwischen PvdA und LPF aufgeteilt worden. Andere Parteien wären auf Landesebene nicht mehr vertreten gewesen. Das Wahlergebnis vom 14. Mai demonstrierte gerade die Offenheit des heutigen politischen Systems für Neulinge. Im Gefolge eines toten Spitzenkandidaten gelangten 26 Volksvertreter aus den Reihen der LPF in die Zweite Kammer – nicht einem von ihnen wäre dies aus eigener Kraft gelungen.

Die allgemeine Erklärung für das Wahlergebnis des Jahres 2002 lautete, dass sich hier eine bereits seit langem unterschwellig existierende Strömung der Unzufriedenheit manifestiert habe. Dies zeigte, wie schnell die populistische Definition der politischen Situation in den Niederlanden in weiten Kreisen übernommen wurde. Keiner dieser bequemen Kommentatoren hatte diese ‚stille Unzufriedenheit‘ bereits festgestellt, als Wim Kok im August 2001 seinen Abschied ankündigte. Bildhaft für diesen raschen Umschwung war, wie sehr Begriffe wie ‚das Volk‘ und ‚die etablierten Parteien‘ – darunter fielen also auch die SP und die Christenunie – in den Kommentaren und Leitartikeln sowie den Beiträgen auf den Meinungsseiten zum Allgemeingut wurden. Sozialwissenschaftlich kann dies als eine überzeugende Demonstration der Schwäche der Theorie der relativen Deprivation betrachtet werden, denn diese bildete das Modell für alle diese Erklärungen: eine bereits unterschwellig vorhandene Unzufriedenheit erhielt 2002 endlich die Möglichkeit, sich zu manifestieren.²⁵ Die Schwäche dieser Erklärung liegt darin, dass sie immer – und auch nun wieder – erst nachträglich angeführt wird. Man kann offensichtlich immer von einer unterschwelligen Unzufriedenheit sprechen, ohne

²³ Die klassische Argumentation bietet C. SCHMITT, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, Berlin 1926.

²⁴ Hierzu ausführlich B. TROMP, *De crisis der partijen en enkele voorstellen deze te overwinnen*, in F. BECKER/W. VAN HENNEKELER/M. SIE DHIAN HO/B. TROMP (Hrsg.), *Politieke partijen op drift. Het vierentwintigste jaarboek voor het democratisch socialisme*. Amsterdam 2003, S. 119-144.

²⁵ Vgl. B. TROMP, *De wetenschap der politiek. Verkenningen*, Amsterdam 2002⁴, S. 241 ff.

dass diese zum Ausdruck gelangt.²⁶ Im Zuge der Wahlforschung hat sich aber später gezeigt, dass hier ein umgekehrter Zusammenhang vorlag: Unzufriedenheitsgefühle konnten erst anlässlich des Wahlkampfes von Fortuyn festgestellt werden; sie waren als Motiv dessen Folge und nicht dessen Ursache.²⁷

Zu den Entwicklungen nach den Wahlen 2002

Das nach den Wahlen des Jahres 2002 gebildete erste Balkenende-Kabinet, bestehend aus dem CDA, der VVD und der LPF, stürzte bereits im Oktober des gleichen Jahres aufgrund interner Gegensätze, die sich innerhalb der LPF entwickelt hatten. Bei den neuen Wahlen im Jahr 2003 verlor die LPF 18 ihrer 26 Sitze, und die PvdA erholte sich wieder (42 Sitze). Die CDA behauptete sich knapp als stärkste Partei (44 Sitze) während die VVD nicht mehr als 28 Sitze errang. Ein Kabinet aus den beiden Parteien, die einen Zugewinn zu verzeichnen hatten, kam jedoch nicht zustande, da sich der CDA schließlich für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der VVD entschied, und die D66 – mit einer Fraktionsstärke von nur noch 6 Sitzen – bereit war, anstelle der instabilen LPF dieser Koalition zu einer parlamentarischen Mehrheit zu verhelfen. Dies allerdings im Tausch gegen die Zusage, im Laufe der Kabinettsperiode ‚politische Erneuerungen‘ einführen zu können. Diese umfassten ein neues Wahlsystem und die Direktwahl der Bürgermeister.

Dennoch deuteten diese Ergebnisse auf Wählerebene auf eine Rückkehr zur traditionellen Trennungslinie zwischen links und rechts hin. Die Kommunalwahlen vom März 2006 bestätigten diese Entwicklung. Linke Parteien, vor allem die PvdA, gewannen Stimmen hinzu, die ‚Leefbaar-Parteien‘ und die Regierungsparteien verloren Stimmen. Die vorrangigen Themen im Wahlkampf waren sozioökonomischer Natur. Der Gegensatz zwischen links und rechts war in der Rückschau betrachtet übrigens in viel geringerem Maße Veränderungen unterworfen, als es die Wahlergebnisse und die unterstellte Launenhaftigkeit der Wähler erwarten ließen. Die politische Debatte wird jedoch immer noch in populistischen Begriffen geführt.

Es sieht nun so aus, als habe die politische Landschaft wieder die vertrauten Umriss aus der Zeit vor 1994 angenommen. Aber der Schein trügt. Betrachtet man die Wähler, dann sind die Ergebnisse der jüngsten Wahlen stabiler und rationaler als sie auf den ersten Blick aussahen und als sie in der Politik und in den Medien interpretiert wurden. Die Analyse des Wählerverhaltens bei diesen Wahlen zeigt, dass die Stimmvergabe der Wähler vor allem auf der Grundlage der von ihnen perzipierten politischen Programme erfolgt. Darüber hinaus sind ihre Parteivorlieben stabiler als es oft dargestellt wird.

²⁶ G. VAN WESTERLOO, *Niet spreken met de bestuurder*, Amsterdam 2003. Dieses Buch des Journalisten van Westerloo wird häufig als Beispiel für die ‚Ausbruchthese‘ angeführt. Der erste Beweis ist jedoch ein Interview mit Amsterdamer Straßenbahnfahrern fast zwanzig Jahre vor der ‚Fortuyn-Revolution‘.

²⁷ W. VAN DER BRUG, *How the LPF Fuelled Discontent: Empirical test of explanations of LPF support*, in: *Acta Politica*, Nr. 1 (2003), S. 89–107.

Ändern sich diese, so geschieht dies meistens zugunsten einer Partei, die programmatisch und ideologisch in der Nähe ihrer ursprünglichen Wahl liegt.²⁸

Das Multikulturalismus-Thema war mindestens acht Jahre vor den Wahlen des Jahres 2002 latent vorhanden, aber keine Partei war – wie bereits erwähnt – bereit, dieses Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen. Diejenigen, die für die LPF stimmten, taten dies, weil Fortuyn den Multikulturalismus eben sehr wohl zu seinem Thema gemacht hatte. So gesehen gibt es nichts Willkürliches oder Irrationales am Wahlergebnis des Jahres 2002. Mehr noch: im Nachhinein kann man feststellen, dass die Bürger, die 2002 ihre Stimme abgaben, dies insgesamt viel rationaler und stabiler taten, als es die meisten Kommentare und Interpretationen danach dargestellt haben.²⁹

Das Bild, das politische Parteien und politische Eliten im Allgemeinen, wozu sicherlich auch die tonangebenden Repräsentanten der Medien zu zählen sind, bieten, ist jedoch von einer ganz anderen Art. Im Vorangegangenen ist bereits dargelegt worden, dass der Verlust der ideologischen Identität und die Zusammenballung der großen politischen Parteien in der Mitte der Links-Rechts-Skala der wichtigste Faktor für die zunehmende Launenhaftigkeit der Wähler gewesen ist. Die politische Verwirrung in den Niederlanden ist durch die Versuche der politischen Parteien und der politischen Eliten verursacht und auch am Leben erhalten worden, die Ereignisse des Jahres 2002 zu verstehen und eine Lehre aus ihnen zu ziehen. Im Mittelpunkt dieser anhaltenden Verwirrung steht das Akzeptieren des politischen Mythos, demzufolge die Wahlen des Jahres 2002 gezeigt hätten, dass unter der Bevölkerung eine große Unzufriedenheit über die Politik im Allgemeinen herrsche. Daher bestehe die wichtigste Aufgabe der Politik und der politischen Parteien darin, mit Blick auf diese Unzufriedenheit irgendwie zu einem Ausgleich zu gelangen.

Ein Schlüsselbegriff bei diesen Einigungsversuchen ist der Terminus ‚neue Politik‘, der 2002 lanciert wurde. Die ‚neue Politik‘ sollte der politischen Kultur der ‚Hinterzimmerpolitik‘, der Abwesenheit politischer ‚Transparenz‘, den Kompromissen als den bestmöglichen Ergebnissen, dem Fachwissen und der Professionalität als Maskerade, um das ‚normale Volk‘ auszuschließen, und vielem mehr ein Ende bereiten. Kurz gesagt die ‚neue Politik‘ war im Kern eine Form von Anti-Politik, und sie wurde in der viel zitierten Phrase Fortuyns zusammengefasst: „Ich sage was ich denke, und ich tue was ich sage.“³⁰ Aber dies läuft begrifflicher Weise nicht auf einen Aufruf zu Ehrlichkeit in der Politik hinaus, sondern es ist vielmehr eine Einladung, zivilisiertes Verhalten aufzugeben und sich in Unverschämtheiten gegenseitig zu übertreffen.

28 ADRIAANSEN/VAN DER BRUG/VAN SPANJE (wie Anm.13), S. 238–239.

29 E. BÉLANGER/K. ARTS, *Explaining the Rise of the LPF: Issues, Discontent, and the 2002 Dutch Election*, in: *Acta Politica* Nr. 1 (2006), S. 4–21.

30 Angesichts der Tatsache, dass Fortuyn und die LPF jeglichen Vergleich mit Haider's FPÖ als ‚Dämonisierung‘ betrachteten, ist es um so verwunderlicher, dass sie (aber auch die Medien) nie die Übereinstimmung mit der Wahlkampfparole für Haider bemerkt haben: „Er sagt, was sie denken“ – ebenso wenig wie die zwischen den ‚Clubfarben‘ von LPF und FPÖ: blau-gelb.

Das kollektive politische Gedächtnis ist in den Niederlanden so kurz geworden, dass sich niemand mehr daran erinnerte, dass vieles von dem, was ab 2002 ‚neue Politik‘ hieß, acht Jahre zuvor genau so formuliert worden war, um die Trennlinie zwischen einem violetten Kabinett und allen vorhergehenden zu ziehen, während die ‚neue Politik‘ nun proklamiert wurde, um gerade einen Bruch mit eben dieser violetten Politik zum Ausdruck zu bringen.

Die ‚neue Politik‘ hat bei vielen traditionellen Parteien und im heutigen Meinungsklima zu unverkennbaren Veränderungen geführt. Genannt werden sollen an dieser Stelle zwei: eine Änderung im angestrebten Stil und eine im Streben nach ‚politischer Erneuerung‘. Soweit die Vereinnahmung der ‚neuen Politik‘ darauf abzielte, die populistische Eruption zu besiegen, indem man sich daran beteiligte, sind die Ergebnisse genau entgegengesetzt ausgefallen. Die politischen Umgangsformen sind rauer und unverschämter geworden. Das Ansehen der Politik wird nicht gefördert durch Politiker, die keine Krawatte mehr tragen wollen oder lauthals das Auftreten von Gegnern als ‚typisch Haags‘ angreifen, die als Minister oder Parlamentarier mit der Botschaft Publizität suchen, sie hassten die ‚alte‘, traditionelle Politik und fänden parlamentarische Verfahrensweisen bizarr, seien selbst aber glücklicherweise ganz anders, wirklich völlig anders, als die ‚traditionellen Politiker‘. Ein solches Schauspiel trägt nicht dazu bei, das Ansehen von Politikern und den Respekt vor dem Beruf des Politikers bei den Wählern zu festigen, zu wahren oder wiederherzustellen.

Die zweite Lektion, die viele politische Parteien aus der ‚Fortuyn-Revolution‘ lernten, war, dass das politische System in Richtung auf eine ‚direkte Demokratie‘ verändert werden muss. ‚Direkte Demokratie‘ beinhaltet hier jedoch etwas völlig anderes als das, was der Begriff ursprünglich bedeutet, nämlich die tatsächliche Beteiligung an politischen Diskussionen und Entscheidungen. Vielmehr hat ‚direkte Demokratie‘ nunmehr die Form von Vorschlägen zur Veränderung des Wahlsystems in Richtung auf ein *first past the post-System*, ein System der relativen Mehrheitswahl sowie der Direktwahl politischer Amtsträger und Funktionäre der politischen Parteien angenommen. Die Wahlen von 2002 waren insgesamt jedoch kein Indikator für ein Scheitern des niederländischen politischen Systems. Im Gegenteil, das System demonstrierte gerade seine Überlegenheit gegenüber anderen Formen der Wahl und der Regierungsbildung. Eine neue politische Bewegung wurde nicht durch institutionelle Hürden daran gehindert, Parlamentssitze zu erlangen. Sie erhielt unmittelbar nach ihrem Erfolg die Möglichkeit, sich in der Regierungsverantwortung zu beweisen. Man vergleiche dies einmal mit dem britischen System der Mehrheitsbildung per Wahlbezirk. In einem solchen System hätte die LPF bestenfalls einen einzigen Sitz erreicht, und 18 Prozent der Wähler wären nicht im Parlament repräsentiert worden. Der Grund dafür, dass die Debatte zum Thema ‚politische Erneuerung‘ dennoch auf ein System der relativen Mehrheitswahl abzielt, oder – allgemeiner ausgedrückt – auf ein System der plebiszitären Demokratie hingelenkt wird, liegt vielleicht doch darin, dass ein neuer Fortuyn dann keine Chance mehr hat.³¹

³¹ B. TROMP, *De verborgen agenda van politieke vernieuwing: verzuwaking van de democratie*, in: NRC/Handelsblad, 2. April 2005.

Bemerkenswert ist, dass eine andere, nahe liegende Lehre nicht in aller Deutlichkeit gezogen worden ist: die Re-Ideologisierung der großen politischen Parteien. Zwar hat sich diese doch vollzogen, aber sozusagen hinter dem Rücken der Parteien. Dies hat zu einem Paradoxon geführt: Während der traditionelle Gegensatz zwischen links und rechts sich in den Augen der Wähler wiederhergestellt hat, haben die politischen Eliten die größten Schwierigkeiten, diese Tatsache mit dem populistischen Kurs in Einklang zu bringen, den sie seit 2002 eingeschlagen haben. Die offensichtliche Instabilität der niederländischen Politik, die – wie der vorliegende Beitrag gezeigt hat – etwas anderes ist, als die Instabilität des politischen Systems, wird andauern, so lange die großen politischen Parteien die Lösung für vermeintliche Probleme in diesem System suchen, indem sie einer populistischen Tagesordnung in Richtung auf eine plebiszitäre Demokratie folgen. Solange zu viele niederländische Politiker die Zwangsjacke des Populismus tragen, als ob sie ein vornehmer Mantel sei, besteht daher keine Aussicht auf neue Stabilität. Wenn diese Politiker anfangen sollten, sich ebenso verantwortungsvoll und rational zu verhalten, wie die meisten niederländischen Wähler es in den vergangenen Jahren getan haben, dann ist die Aussicht auf eine stärker zur Ruhe gekommene politische Landschaft jedoch nicht mehr in weiter Ferne.